
Industrie und Städte ziehen bei urbaner Mobilität an einem Strang

Mobilität und Logistik effizienter, sicherer und umweltfreundlicher zu gestalten und dadurch eine höhere Lebensqualität in den Städten zu schaffen – das sind die Ziele der Plattform Urbane Mobilität. Zu ihr haben sich neun deutsche Städte, Unternehmen der Automobilindustrie und der Verband der Automobilindustrie (VDA) zusammengeschlossen. In einem jetzt vorgelegten Thesenpapier versuchen die Akteure Wege aufzuzeigen, wie emissionsarme und flächensparende Mobilitätskonzepte in der Stadt vorangetrieben werden können, um die Emissionen und den Flächenbedarf des motorisierten Verkehrs in Ballungszentren herunterzufahren.

In dem Thesenpapier „Neue Mobilität erfahrbar machen“ werden eine Reihe von nötigen Handlungen benannt. So wird für einen schnellen Markthochlauf der Elektromobilität der zügige Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen und nutzerfreundlichen Ladeinfrastruktur für batterie-elektrische Fahrzeuge gefordert. Hierfür braucht es nach Ansicht der Initiative auch weitere Anreize sowohl für den öffentlichen als auch den privaten Raum. Auch Nutzervorteile für emissionsarme Lieferfahrzeuge seien notwendig, um den städtischen Wirtschaftsverkehr zunehmend lokal emissionsfrei abwickeln zu können.

Zur Erreichung eines verbesserten Verkehrsflusses, höherer Sicherheit und geringeren Flächenbedarfs für alle Verkehrsträger sei insbesondere auch die weitere Digitalisierung der städtischen Infrastruktur notwendig, heißt es in dem Thesenpapier. Der dafür notwendige Ausbau der Infrastruktur für Datenerhebung und -austausch sowie die Erneuerung der Verkehrsmanagementsysteme erforderten allerdings hohe finanzielle Investitionen und seien allein durch die Kommunen nicht leistbar. Hier sollte der Bund daher auch weiter finanziell unterstützen. Zugleich sollten aber auch die Nutzer eng mit einbezogen werden.

Auch brauche es für den Einsatz automatisierter Fahrzeuge im realen Straßenverkehr einen klaren und verbindlichen rechtlichen Rahmen, der möglichst alle technologischen Konzepte berücksichtige. Ein wichtiger Punkt hierbei: Arbeitgeber und Arbeitnehmer von der Nutzung und Förderung nachhaltiger Alternativen im Pendlerverkehr zu überzeugen. Hierfür müssten Städte und Industrie gemeinschaftlich alternative Lösungsansätze schaffen und die Rahmenbedingungen verbessert werden.

„Weder Städte noch Industrie allein können die notwendige Transformation der Mobilität bewältigen, kooperative Lösungen sind gefragt“, sagte VDA-Präsidentin Hildegard Müller. Auch in Zukunft würden viele Menschen – gerade im Umland der Städte oder am Stadtrand – das eigene Auto benutzen. Das gelte insbesondere für Pendler. Damit Verkehrsteilnehmer für alternative Mobilitätsangebote gewonnen und Entlastungseffekte erzeugt werden können, muss sich nach Meinung von Müller „ein breiteres und vernetzteres Mobilitätsangebot etablieren“. „Die voranschreitende Digitalisierung und Elektrifizierung städtischer Verkehre, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und der Wandel des Mobilitätsverhaltens bieten große Chancen für den Transformationsprozess. Wichtig ist, dass die Menschen mobil und unabhängig bleiben können und ihr Bedürfnis nach individueller Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe erfüllt wird“, betonte die VDA-Präsidentin. Hierfür gelte es, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, etwa durch die Reform des Personenbeförderungsgesetzes.

„Eine zukunftssichere Stadt muss klimaneutral werden, effizient sein und Lebensqualität bieten. Bremen zeigt als ‚Fahrradstadt‘, wie sehr das Radfahren den Straßenraum

entlastet, Stau mindern kann und dafür sorgt, dass die Luftgrenzwerte eingehalten werden. Davon profitieren alle – auch diejenigen, die derzeit noch auf das Auto angewiesen sind“, sagte Maike Schaefer, Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau der Freien Hansestadt Bremen. (ampnet/jri)

Bilder zum Artikel



Fahrradfahrer in der Stadt.

Foto: Auto-Medienportal.Net/pd-f/Kay Tkatzik